



Bild: Rudi Schachenhofer

Die Gruppe fL21, die gegen das neue KVG das Referendum ergriffen hatte, und deren Unterstützer sind vom Ergebnis sehr enttäuscht. Im Restaurant Engel in Vaduz verfolgten sie den Verlauf der Volksabstimmung: Max Manhart, Karl Jehle, Adolf Heeb, Walter Bruno Wohlwend, Christl Gstöhl, Heinz Vogt und Arnold Laternser (v. l.).

# Volk für KVG-Revision - Gruppe fL21 enttäuscht

DANIEL BARGETZE

**VADUZ.** Mit 52,9 Prozent Jastimmen befürwortet das Liechtensteinische Stimmvolk die Revision des Krankenversicherungsgesetzes (KVG). Die Gemeinden Schaan, Triesen und Triesenberg lehnten die Vorlage ab, alle anderen Gemeinden waren dafür. Die Stimmbeteiligung liegt bei 66,5 Prozent und ist damit die tiefste seit fünf Jahren.

Schellenberg stimmte mit 66,2 Prozent Ja am deutlichsten für

die Vorlage; Triesen lehnte sie mit 52,7 Prozent Neinstimmen am stärksten ab.

Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini zeigte sich erfreut über das Ergebnis: «Ich bedanke mich bei allen, die an der Abstimmung teilgenommen haben und besonders bei jenen, die mit Ja stimmten. Es ist ein Sieg der Vernunft», sagte Pedrazzini gegenüber Radio L.

## Achtbares Ergebnis für fL21

Die Gruppe fL21 akzeptierte

das Resultat und gestand die Niederlage ein. «Wir müssen uns nicht verstecken und haben mit 47,1 Prozent Neinstimmen ein achtbares Ergebnis erzielt», sagte Heinz Vogt als Vertreter von fL21. «Dennoch sind wir natürlich enttäuscht, dass es am Ende nicht gereicht hat.»

Der Liechtensteinische Krankenkassenverband (LKV) liess via Pressemitteilung verlauten, man freue sich über die Zustimmung zur KVG-Reform: «Der Weg zur langfristige finanzierba-

ren Gesundheitsversorgung ist nun frei», hiess es in der Mitteilung.

## Unterland geschlossen dafür

Auffällig ist, dass alle Unterländer Gemeinden geschlossen und deutlich mit total 58,6 Prozent Ja-Anteil für die Vorlage stimmten. Vielleicht ahnte dies Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini, als er sich entschied, den Abstimmungsverlauf im Restaurant Fago in Eschen mitzuverfolgen.

# Neues KVG wird knapp angenommen

Das liechtensteinische Stimmvolk hat die Revision des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) mit einem knappen Jastimmen-Anteil von 52,9 Prozent angenommen. Die Gruppe fl21, die gegen die Vorlage das Referendum ergriffen hatte, ist vom Ergebnis sehr enttäuscht.

**VADUZ.** 6727 Bürgerinnen und Bürger befürworteten die vom Liechtensteiner Landtag am 1. Oktober mit grosser Mehrheit verabschiedete Vorlage. 5985 Stimmberechtigte folgten den Argumenten des Referendumskomitees und sagten Nein zum neuen KVG. Die Stimmbeteiligung ist mit 66,5 Prozent für liechtensteinische Verhältnisse eher niedrig.

## Alle Beteiligten betroffen

Von den Gesetzesänderungen betroffen sind alle am Gesundheitswesen Beteiligten. Sowohl die Versicherten als auch die Leistungserbringer und Krankenkassen müssen künftig einen Beitrag zur Eindämmung der Gesundheitskosten leisten. Gemeinsames Ziel von Regierung und Landtag ist es, die jährlichen Prämiensteigerungen im Bereich der Obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP) in den Griff zu bekommen.

## fl21 für mehr Solidarität

Das Referendumskomitee fl21 will mit seinem Namen ausdrücken, dass es sich für ein solidarisches Liechtensteiner Sozial- und Gesundheitswesen im 21. Jahrhundert einsetzen möchte. Es fokussierte seine Argumente hauptsächlich auf die mit der Revision verbundene Erhöhung der Kostenbeteiligung.

Die KVG-Revision sieht vor, dass bei allen Versicherten die Minimalfranchise von derzeit 200 auf 500 Franken angehoben wird. Bei den Erwachsenen wird der Selbstbehalt auf 20 Prozent verdoppelt. Bei den Rentnern wird der Selbstbehalt bei 10 Prozent bleiben. Per Saldo wird die Kostenbeteiligung bei den Erwachsenen von derzeit 800 auf maximal 1400 Franken pro Jahr steigen, bei den Rentnern von 400 auf maximal 950 Franken.

## «Entsolidarisierung»?

Die Gruppe fl21 warb im Abstimmungskampf für ein Nein mit dem zentralen Argument, dass das neue KVG eine Entsolidarisierung der Gesellschaft bedeute. Wohlhabende würde es ermöglichen, Tausende von Prämienerkrankungen zu sparen, während Kranke und weniger Wohlhabende stärker belastet würden. Damit kritisierte das Referendumskomitee vor allem auch die Möglichkeit, durch eine Wahlfranchise bis maximal 4000 Franken einen Rabatt auf die Krankenkassenprämie zu erwirken.

## «Überartzung» verhindern

Regierung und Landtag hingegen wollen durch die Erhöhung der Kostenbeteiligung die Versicherten über das Portemonnaie dazu erziehen, medizinische Leistungen kostenbewusster in Anspruch zu nehmen. Mit einem speziellen Massnahmenpaket soll das neue KVG aber auch die Leistungserbringer stärker in die Pflicht nehmen und künftig eine teure «Überartzung» verhindern. Insbesondere wird nun das schweizerische Tariffsystem Tarm per 1. Januar 2017 eingeführt, um eine bessere Vergleichbarkeit und erhöhte Transparenz herzustellen.

## Regierungsparteien für Revision

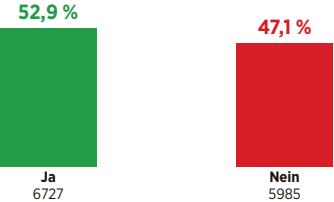
Die beiden Regierungsparteien, die Fortschrittliche Bürgerpartei (FBP) und die Vaterländische Union (VU), empfahlen dem Stimmvolk, ein Ja in die Urne zu werfen. Die Vertreter der Partei «Die Unabhängigen» (DU) traten öffentlich für ein Ja ein.

## Abstimmung zur KVG-Revision

52,9 Prozent der Stimmberechtigten, die sich an der Volksabstimmung beteiligt haben, sagen Ja zu der vom Landtag am 1. Oktober mit 19 Stimmen verabschiedeten Revision des Krankenversicherungsgesetzes (KVG). Fast die Hälfte, nämlich 47,1 Prozent, sind jedoch den Argumenten der Referendumsgruppe fl21 gefolgt und sagen Nein zum neuen KVG. Während alle Unterländer Gemeinden das KVG befürworteten, lehnten die drei Oberländer Gemeinden Schaan, Triesen und Triesenberg die Reform ab. Die beste Stimmbeteiligung kann Schellenberg mit 77,4 Prozent, die schlechteste Triesen mit 61,4 Prozent verzeichnen.

Stimmbeteiligung	%	%	Vergleich	
Vaduz	65,1	51,5 48,5		859 810
Balzers	64,9	50,6 49,4		842 823
Planken	76,6	56,7 43,3		106 81
Schaan	66,8	49,4 50,6		967 991
Triesen	61,4	47,3 52,7		720 801
Triesenberg	68,5	48,6 51,4		553 584
Eschen	65,6	53,8 46,2		756 649
Gamprin	70,3	59,5 40,5		358 244
Mauren	66,8	59,5 40,5		767 523
Ruggell	70,5	60,5 39,5		499 326
Schellenberg	77,4	66,2 33,8		300 153
<b>Oberland</b>	<b>65,4</b>	49,7 50,3		4047 4090
<b>Unterland</b>	<b>68,4</b>	58,6 41,4		2680 1895
<b>Liechtenstein</b>	<b>66,5</b>	52,9 47,1		6727 5985

Quelle: www.abstimmungen.li | Vaterland-Infografik: Ralph Vogt



um damit vor allem die «schwarzen Schafe» unter den Ärzten besser und effizienter sanktionieren zu können. Die oppositionelle Freie Liste sprach sich für ein Nein aus. Das neue KVG komme einem schlechenden Rückzug des Staates aus dem Sozialwerk Gesundheitswesen gleich.

## Protest gegen Sparkurs

Der Abstimmungskampf wurde sehr stark auf emotionaler Ebene geführt. Dabei kritisierte das Referendumskomitee auch den Rückzug des Staates aus seinem finanziellen Engagement im Bereich der Krankenversicherung. Seit 2010 sind durch die Senkung des Staatsbeitrages an die Grundversicherung um 24 Millionen Franken auf heute 33 Millionen Franken die Prämien alleine schon um 65 Franken gestiegen. Durch die Ablehnung des neuen KVG hätte sich daran aber nichts geändert. Dem Referendumskomitee ist es aber immerhin gelungen, einen beträchtlichen Teil liechtensteinischer Wutbürger gegen den anhaltenden Sparkurs der Regierung zur Sanierung des Staatshaushalts zu mobilisieren.

## REAKTIONEN

### Weg zu langfristig finanzierbarer Gesundheitsversorgung frei

Die Krankenversicherer freuen sich über die Zustimmung zur KVG-Reform und damit über das auch den Krankenversicherern als Anwalt der Prämienzahlerinnen und Prämienzahler entgegengebrachte Vertrauen. Die Krankenversicherer sind vorbereitet, die anspruchsvolle Umsetzung der Reform im Jahr 2016 zusammen mit den anderen Partnern im Gesundheitswesen in Angriff zu nehmen. Die Wirtschaftlichkeitsverfahren werden durch Tarmed und die Verkürzung des Instanzenzugs deutlich schneller und erfolgsversprechender. Die Be-

darfsplanung und Nachfolgeregelung für Ärztinnen und Ärzte werden durch die neuen Vorschriften für die Verträge besser. Damit steigt auch die Versorgungsqualität für Patientinnen und Patienten sowie die Planbarkeit für Leistungserbringer. Auch mit der Annahme der KVG-Revision bleibt die langfristige Finanzierbarkeit der Gesundheitsversorgung eine anspruchsvolle Aufgabe. Dazu haben alle Partner im Gesundheitssystem beizutragen.

Eine Stellungnahme der Krankenversicherer Concordia, FKB, Swica

Die Gruppe fl21 hat mit dem Zustandekommen des von rund 2600 Liechtensteinerinnen und Liechtensteinern unterzeichneten Referendumsbegehrens ihr erstes Ziel erreicht. Es lag nun dank dieses Referendums in der Hand der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, eine Entscheidung über die vom Landtag beschlossene KVG-Revision herbeizuführen. Dass diese Entscheidung des Souveräns nicht die von der Gruppe fl21 erhoffte ist, gilt es ohne Wenn und Aber zu akzeptieren. Offensichtlich war der Wunsch gross, mit dem re-



Bild: Daniel Schwendener  
Eine knappe Mehrheit von 52,9 Prozent sagt Ja zum neuen KVG.

## Ohne Wenn und Aber zu akzeptieren

dierten KVG ein Instrument zur Bekämpfung von Missbräuchen durch Leistungserbringer einerseits und Versicherte andererseits in die Hand zu bekommen. Die Bedenken all derer, die auf den Sozialabbau und das Abrücken vom Prinzip der Solidarität hingewiesen haben, vermochten hingegen keine Mehrheit zu finden. So gilt es nun darauf zu achten, ob und wie die neuen Gesetzesbestimmungen in der Lage sind, die angestrebten Ziele zu erreichen. Als kleine Entschädigung für den grossen Aufwand freuen sich selbstver-

ständig auch die Mitglieder des Referendumskomitees auf eine hoffentlich nachhaltige Reduktion der Prämien um die angekündigten 315 Franken. Ein herzliches Dankeschön gebührt an dieser Stelle allen, die sich konstruktiv an der Meinungsbildung zum KVG beteiligt und ihren Willen mit der Stimmabgabe bekundet haben. Ganz besonders dankt die Gruppe fl21 allen, die sie in den vergangenen sechs Wochen unterstützt haben.

Eine Stellungnahme der Gruppe fl21



Bild: Rudi Schachenhofer  
Helen Konzett Bargetze, FL-Fraktionssprecherin



Bild: Daniel Schwendener  
Christoph Wenaweser, VU-Fraktionssprecher



Bild: Daniel Schwendener  
Pio Schurti, DU-Landtagsabgeordneter



Bild: Daniel Schwendener  
Christine Wohlwend, FBP-Fraktionssprecherin

# «Klarer Fingerzeig an die Politik»

Drei von vier Stimmen aus den vier Parteien sind zufrieden mit dem Ja zur KVG-Revision. Nicht jedoch Helen Konzett Bargetze von der Freien Liste, sie sieht es als Entsolidarisierung der Gesellschaft. In einem Punkt waren sich jedoch alle einig: Die Stimmbeteiligung war zu tief.

## MAGDALENA HILBE

**VADUZ.** In den vergangenen Tagen und Wochen gab es zahlreiche Spekulationen rund um das Ergebnis der Abstimmung über die KVG-Revision. Gestern wurde Klarheit geschaffen: Die Vorlage der Regierung wurde mit 52,9 Prozent knapp angenommen. Dies überrascht die Politiker nicht. «Ich habe erwartet, dass das Ergebnis noch knapper ausfallen wird», so DU-Landtagsabgeordneter Pio Schurti. Auch Christine Wohlwend, FBP-Fraktionssprecherin, hat mit einem solch knappen Resultat gerechnet. Die Freie Liste hat sich bei der Abstimmung als einzige Partei gegen die Regierungsvorlage ausgesprochen. Deshalb wertet

Fraktionssprecherin Helen Konzett Bargetze das knappe Resultat positiv: «47,1 Prozent der Abstimmenden haben wie die Freie Liste-Mitglieder der Vorlage eine Absage erteilt, im Oberland wurde die Vorlage sogar mit 50,3 Prozent knapp abgelehnt. Angesichts der lauten Werbetrommel aller anderen drei Parteien ein sehr beachtliches Resultat.» Dennoch oder gerade deswegen tue es weh.

### Bevölkerung war verunsichert

Die geringe Stimmbeteiligung überraschte im Gegensatz zum Ergebnis einige: «Ich habe gehofft, dass diese doch etwas höher ist», sagt Christine Wohlwend. Sie führt diese auf die Komplexität des Themas zu-

rück – ebenso Pio Schurti. «Zudem hat das Referendumskomitee fl21 viele Bürgerinnen und Bürger verunsichert und wegen ihrer schrillen Argumentation zunehmend an Glaubwürdigkeit verloren», sagt Schurti. Auch laut Helen Konzett Bargetze ist die sehr tiefe Wahlbeteiligung auf die grosse Versicherungs zurückzuführen.

### Beste Lösung für den Moment

Obwohl das Ergebnis für die Referendumsgruppe fl21 eine Niederlage bedeutet, spricht ihnen VU-Fraktionssprecher, Christoph Wenaweser Respekt aus. «Durch ihr Engagement haben sie für eine fundierte Auseinandersetzung mit einer doch recht komplexen und weit rei-

chenden Vorlage gesorgt.» Die VU-Landtagsfraktion habe sich im Rahmen der KVG-Revision insbesondere für die Neuregelung des Verhältnisses zwischen Leistungserbringern, Krankenkassen und Staat stark gemacht. Dies könne nun umgesetzt werden. «Allerdings liefert das Abstimmungsergebnis keinen Grund zur Euphorie. Vielmehr erachte ich es als klaren Fingerzeig an die Politik, bei der Reform der weiteren Sozialwerke wie der AHV und der betrieblichen Personalvorsorge mit sehr viel Bedacht und Augenmass vorzugehen und die Bevölkerung in diesen Fragen mitzunehmen», sagt Christoph Wenaweser.

Pio Schurti freut sich über das Ergebnis: «Ich habe ein solches

Resultat erhofft, weil ich das Gefühl habe, dass es für den Moment die beste Lösung ist.» Das heisse jedoch nicht, dass man für immer dieses Krankenversicherungsgesetz habe. «Hätte man die Revision jedoch abgelehnt, wäre die Gefahr gross gewesen, dass einige Jahre Stillstand geherrscht hätten», sagt Schurti.

### Auf Kosten der Allgemeinheit

Während sich die Vertreter der VU, der FBP und der Unabhängigen über das Ergebnis positiv aussprechen, ist Helen Konzett Bargetze nicht erfreut. «Dies ist ein weiterer Dominostein für die Entsolidarisierung der Gesellschaft – ich befürchte, dass weitere Dominosteine (AHV betriebliche Personalvorsorge) fal-

len werden.» Wieder einmal habe man auf Kosten der Allgemeinheit entschieden, den Staatshaushalt zu sanieren. «Dabei haben die FBP die Unabhängigen und die VU kräftig mitgeholfen», sagt die FL-Fraktionssprecherin. Die Annahme stelle eine verpasste Chance für einen Kurswechsel in der Gesundheitspolitik dar. Trotzdem gelte es nun, dies zu akzeptieren. «Die Regierung wird die Reserven der Krankenkassen auf die Wahlen hin abbauen, damit die Prämienzahlerrinnen und -zahler glauben, dass die Revision gelungen ist», sagt Helen Konzett Bargetze. Dies werde die politische Arbeit, die Kostentreiber im Gesundheitssystem anzugehen, stark erschweren.



Bild: Tatjana Schnalzer  
Günther Fritz, VU-Parteipräsident



Bild: Tatjana Schnalzer  
Thomas Banzer, FBP-Parteipräsident



Bild: Daniel Ospelt  
Derya Kesci, Co-Präsidentin Freie Liste



Bild: Daniel Schwendener  
Harry Quaderer, DU-Parteichef

# «Ein Sieg der politischen Vernunft»

Die Präsidenten der liechtensteinischen Parteien haben die Volksabstimmung zur KVG-Revision mit Spannung verfolgt. Die Mehrheit ist froh über das Ergebnis, welches für das Liechtensteiner Gesundheitswesen wegweisend ist. Nur die Freie Liste ist enttäuscht.

## MANUELA SCHÄDLER

**VADUZ.** Die Parteipräsidenten der VU und der FBP sowie der Parteichef der DU waren gestern sichtlich erleichtert über das Ergebnis der Volksabstimmung zur KVG-Revision: «Über den Ja-Stimmen-Anteil von 52,9 Prozent bin ich positiv überrascht», sagte VU-Präsident Günther Fritz. Denn die Parteipräsidenten waren sich bewusst, dass das Ergebnis knapp ausfallen würde. Enttäuscht zeigte sich jedoch Derya Kesci, Co-Präsidentin der Freien Liste: «Dies ist eine verpasste Chance für einen Kurswechsel der Sparstrategie der Regierung», sagte sie.

### Aktives Komitee

Die eher tiefe Stimmbeteiligung, welche sich bereits am

Freitag abzeichnete, liess den Ausgang der Abstimmung offen: «Nachdem sich eine eher niedrige Stimmbeteiligung abgezeichnet hatte, befürchtete ich, dass es dem Referendumskomitee fl21 gelingen wird, vor allem die Seniorinnen und Senioren zu mobilisieren, während die jüngere Generation sich an der Abstimmung weniger beteiligt. Offenbar war das nicht der Fall», sagte Günther Fritz, der dem Referendumskomitee fl21 aber auch grossen Respekt und Anerkennung zollt, dass es dafür gesorgt hat, dass sich das Volk in den letzten Wochen vertieft und differenziert mit der KVG-Vorlage auseinandergesetzt hat.

Auch FBP-Präsident Thomas Banzer war sich der Präsenz des Referendumskomitees bewusst: «Nun freue ich mich, dass das

Volk unserer Empfehlung und auch dem Entscheid des Landtages gefolgt ist.» DU-Chef Harry Quaderer führt das knappe Ergebnis auf die Lobby der Ärzteschaft zurück. «Ich bin froh, dass sich das Volk nicht blenden liess. Denn ein Nein hätte einen jahrelangen Stillstand im Gesundheitswesen bedeutet», sagte er.

### «Es wird viel abverlangt»

«Das Ja des Stimmvolkes für das neue KVG werte ich als Sieg der politischen Vernunft», analysierte Günther Fritz das Wahlergebnis. Die Mehrheit habe erkannt, dass es bei der KVG-Vorlage nicht nur um eine Erhöhung der Kostenbeteiligung gehe, sondern dass auch die Leistungserbringer mit einem speziellen Massnahmenpaket in die Pflicht genommen werden würden.

«Das Ja des Volkes ist ein Ja zur nachhaltigen Eindämmung der Gesundheitskosten und damit ein Ja für bezahlbare Prämien», führte der VU-Präsident weiter aus.

Harry Quaderer bezeichnet die KVG-Revision als wegweisend: «Sie wird von allen viel abverlangt, aber wichtig ist vor allem, dass sie auch von den Ärzten viel abverlangt.» Auch Thomas Banzer ist überzeugt, dass sich dank der neuen KVG-Vorlage das Prämienwachstum in Grenzen halten wird.

### Signal ernst nehmen

Günther Fritz betrachtet das Ergebnis mit einem Neinstimmen-Anteil von 47,1 Prozent aber auch kritisch: «Die Gruppe fl21 fokussierte ihre Argumente auf die Erhöhung der Kostenbe-

teilung zu einem Zeitpunkt, zu dem die Politik zur Sanierung des Staatshaushalts bereits genug zulasten des Mittelstandes, der Familien und der Senioren umverteilt habe. Knapp die Hälfte hat also gegen den anhaltenden Sparkurs protestiert. Dieses Signal gilt es sehr ernst zu nehmen. Regierung und Landtag werden dieses deutliche Signal vor allem bei der anstehenden AHV-Reform, bei welcher der Staatsbeitrag ebenfalls massiv gekürzt werden soll, berücksichtigen müssen», betonte er.

### Sparkurs geht weiter

Der Sparkurs der Regierung ist vor allem der Freien Liste ein Dorn im Auge. «Das Ergebnis tut weh», sagt dann auch Derya Kesci. Denn nun würde durch die Vorlage weiterhin auf dem

Rücken der Bürger die Staatskasse saniert. «Das neue KVG ist ein weiterer Dominostein der Entsolidarisierung der Gesellschaft», ist die Co-Präsidentin überzeugt. Das Ziel der Freien Liste wäre gewesen, die Ursache und nicht die Symptome zu bekämpfen – beispielsweise mit Einheitskassen. «Das Volk hat aber nun eine Umverteilung von unten nach oben gutgeheissen. Das ist schade.»

Die Freie Liste glaubt nun, dass die Regierung im nächsten Jahr Reserven im Gesundheitswesen einsetzen wird, um sagen zu können, dass das KVG Wirkung zeigt. «Wir sind sehr skeptisch, dass die neue Vorlage langfristig die Lösung für unser Gesundheitswesen sein wird. Und auch kurzfristig wird sie nichts bringen», führt Kesci aus.

# «Klar geworden, wo der Schuh drückt»

Das für Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini deutliche Ja des Stimmvolks zur Revision des Krankenversicherungsgesetzes KVG sei ein Zeichen dafür, dass die Bevölkerung die Tätigkeiten der Regierung, den Staatshaushalt ins Lot zu bringen, als sinnhaft erachte.

JOËL GRANDCHAMP

**VADUZ.** «Ich möchte mich ganz herzlich bedanken bei allen, welche an der Abstimmung teilgenommen haben», sagte Regierungsrat Mauro Pedrazzini zu der für Liechtenstein geringen Wahlbeteiligung am gestrigen Abstimmungssonntag. Ein spezieller Dank gehe auch an diejenigen, welche die KVG-Revision unterstützt hätten. Er sei sehr froh über den Ausgang der Abstimmung und vor allem auch darüber, dass sich die Mehrheit der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger für einen Fortschritt im Gesundheitswesen eingesetzt hätten. «Das Thema ist komplex und so war es entsprechend schwierig, die Diskussion streng bei den Fakten zu halten sowie die Notwendigkeit des Handelns aufzuzeigen», so der Gesundheitsminister.

## Geringe Wahlbeteiligung

Die Wahlbeteiligung lag bei 66,5 Prozent – für Liechtensteiner Wahlen eine sehr niedrige Beteiligung. «Die relativ geringe Stimmbeteiligung ist sehr wahrscheinlich ein Ausdruck davon, dass die Zusammenhänge kompliziert sind beziehungsweise unnötigerweise kompliziert gemacht wurden», sagte Pedrazzini. Das Referendumskomitee habe grösstenteils mit Themen argumentiert, welche nichts mit der Gesetzesvorlage zu tun hätten oder die davon nicht betrof-



Bild: Rudi Schachenhofer

Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini zeigte sich sehr erfreut über das Resultat des gestrigen Abstimmungssonntags.

fen seien. Es sei eine Herausforderung gewesen, die falschen Behauptungen und Verbindungen zu Themenbereichen zu widerlegen. «Auch haben sich – wenn auch nicht direkt sichtbar – viele Interessensgruppen insbesondere des Gesundheits-

wesens intensiv im Hintergrund für ein Nein engagiert», sagte Pedrazzini.

## Noch viel zu tun

Auch wenn viele der vom Referendumskomitee angesprochenen Themenbereiche nichts

mit der Abstimmung zu tun hätten, sei in der Diskussion doch klar geworden, wo vielen Bürgerinnen und Bürgern der Schuh drückt. «Wir nehmen diejenigen, welche mit Nein gestimmt haben, sehr ernst und werden versuchen, auf deren Anliegen einzu-

gehen. Insgesamt bin ich sehr froh, dass die eingeschlagene Richtung vom Stimmbürger gutgeheissen wurde. Jetzt werden wir uns vor allem mit der Umsetzung dieses Gesetzes beschäftigen, und da gibt es noch viel zu tun», so der Gesundheitsminister.

Gegenüber Radio Liechtenstein sagte Pedrazzini gestern, es sei ein «Sieg der Vernunft». Für ihn sei das Resultat dennoch deutlich ausgefallen, auch wenn es noch Luft nach oben gegeben habe. Eine Nachzählung könne das Resultat aber nicht mehr verändern.

Die Vorwürfe von fL21, dass die Regierung bessere Voraussetzungen gehabt habe bezüglich Budget und Medienarbeit, liess Pedrazzini nicht gelten: «Wir haben streng darauf geachtet, dass wir deutlich unter dem Aufwand geblieben sind, welchen die Gegner betrieben haben.» Dieses Argument würde er akzeptieren, wenn die Regierung in den Landeszeitungen mehr Fläche für den Abstimmungskampf benutzt hätte als die Referendumsbefürworter. So, wie es gehandhabt wurde, könne er diese Aussage jedoch nicht akzeptieren.

Auch gegenüber dem Landesender bekräftigte Pedrazzini, die 47,1 Prozent, welche ein Nein in die Urne gelegt haben, ernst zu nehmen: «Es ist nun an uns, in der nächsten Zeit unsere Kritiker ebenfalls davon zu überzeugen, dass der von der Regierung eingeschlagene Kurs der richtige ist. In der Diskussion wurden einige valable Argumente aufgeführt, denen wir nachgehen müssen», sagte Pedrazzini. Ein solcher Punkt sei beispielsweise die Grösse der Reserven der Krankenkassen.

# fL21: «Stolz auf das Erreichte»

Die Gruppe fL21, welche gegen die KVG-Revision das Referendum ergriffen hatte, versammelte sich gestern im Restaurant Engel in Vaduz. Als Planken und Gamprin den Takt vorgaben, war die Stimmung schnell verhalten. Die Kommentare waren Schwankungen unterworfen.

DANIEL BARGETZE

**VADUZ.** Die Kommentare reichten von «Der Trend ist da» bis zu «Jetzt ist es bereits gelaufen». Christl Gstöhl, Präsidentin des Seniorenbundes, blieb zuversichtlich: «Die grossen Gemeinden werden mit Nein stimmen.» Und tatsächlich: Nach dem Eintreffen der Ergebnisse aus Schaan, Triesen und Triesenberg kam etwas Hoffnung auf. Schliesslich musste sich die versammelte Runde jedoch die Niederlage eingestehen.

## Wer hat wen im Griff?

Adolf Heeb erklärte: «Das Ergebnis akzeptieren wir ohne Wenn und Aber. Es war schwer, gegen diese mächtige Abstimmungscoalition, bestehend aus den Grossparteien und den Unabhängigen, sowie die Befürwortung des Fürstenhauses anzutreten. Insofern sind wir stolz auf das erreichte Ergebnis von 47,1 Prozent Neinstimmen.»

Heinz Vogt zeigte Humor in der Niederlage und begrüsst einen Anrufer mit den Worten: «Im Gegensatz zu Wendelin Lampert in Triesenberg hatte ich meine Triesner im Griff». Im Übrigen freute er sich nun auf die von Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini in Aussicht gestellte Reduktion der Krankenkassenprämien.

## Vorwürfe an die Presse

Max Manhart, Vorstandsmittglied des Seniorenbundes, richtete spontan einige Worte an die Anwesenden im «Engel»: «Wir vom Seniorenbund waren von



Bild: Rudi Schachenhofer

Die Gruppe fL21 ist über das Ja zum neuen KVG sehr enttäuscht: Karl Jehle, Adolf Heeb, Walter Bruno Wohlwend, Christl Gstöhl, Heinz Vogt und Arnold Laternser (v. l.).

Anfang an dafür, dass das Referendum ergriffen wird. Wir waren aber personell zu schwach, das Referendum zu organisieren. Wir sind daher den Mitgliedern der Gruppe fL21 sehr dankbar, dass sie dieses Volksabstimmung ermöglicht haben. Das Resultat ist denkbar knapp ausgefallen. Wenn wir die Macht gehabt hätten, die die andere Seite hatte,

wäre das Ergebnis anders ausgefallen. Wir wurden Opfer der Finanzkraft der anderen Seiten. Unsere hörige Presse, die sich vom zuständigen Ministerium die Inhalte diktieren liess, hat sicher auch sehr viel dazu beigetragen, dass das Resultat nun zu unseren Ungunsten ausfiel.»

Im Restaurant Engel war auch eine gewisse Erleichterung zu

spüren, dass der Abstimmungskampf nun vorbei ist.

## Wie es mit fL21 weitergeht

Schliesslich musste die Speerspitze von fL21 unzählige Stunden für die Kommunikation und Interaktion mit Befürwortern und Gegnern aufwenden. «Das Sammeln der Unterschriften war schnell bewerkstelligt. Die ei-

gentliche Arbeit begann danach», sagten die Verantwortlichen. Auf die Frage, wie es mit fL21 angesichts der anstehenden Reformen bei den wichtigen Sozialwerken weitergehe, antwortete die Gruppe zurückhaltend: «Unsere Arbeit ist nun getan; wir haben keine weiteren Aktivitäten oder Referenden geplant. Wir werden uns nächste Woche für

eine Schlussrunde treffen und dann unsere Arbeit abschliessen.» Die Debatte im Vorfeld der Abstimmung verlief teilweise sehr emotional. Werden die Gräben nun geschlossen? «Ja», heisst es dazu vonseiten der Gruppe fL21, «wobei schon noch einige fragwürdige Äusserungen von politischen Vertretern der Vorlage nachklingen.»

## LESERBRIEFE

### Annahme KVG: Was für eine Erleichterung!

Die Mehrheit der Stimmenden hat sich vom Bombardement an Leserbriefen und den Anzeigen der Gruppe fL21 im Vorfeld der Abstimmung nicht beirren lassen und sich für ein zukunftsweisendes Gesetz entschieden. Vielleicht war die Aussage des Landesfürsten, der sich für Sozialreformen eingesetzt hat, schlussendlich für den Erfolg mitentscheidend. Herzlichen Dank an Dr. Pedrazzini, der sich trotz schwerem Gegenwind nicht vom Kurs abbringen liess. Eine Ablehnung des KVG wäre für die Prämien- und Steuerzahler einer Katastrophe gleichgekommen und hätte den Standort Liechtenstein für die Zukunft schwer beschädigt. Schön ist auch, dass wir wieder Zeitung ohne massenhafte Leserbriefe der fL21-Gruppe lesen dürfen.

**Herbert Werle**  
Am Irkales 7, Vaduz

### KVG - eine Reform tut not

Hinter den trockenen Formulierungen der Artikel betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Krankenversicherung verbirgt sich ein Schreckensgespenst: der Homo oeconomicus. Dieses eigentlich längst auf dem Friedhof der ökonomischen Theorien beerdigte Modell taucht immer wieder wie andere grausige Vorstellungen aus dem Reich der Untoten auf. Und die KVG-Revision ist durchweht von diesem Geist. Demzufolge seien Menschen ausschliesslich von Profit angetrieben und von der Vermeidung von finanziellen Verlusten.

Genau dies ist der Ansatz der KVG-Revision. Die Versicherten sollen über finanzielle Belohnung und Bestrafung (der Arztbesuch soll «wehtun») gesteuert werden. Bereits das Ziel, die Inanspruchnahme medizinischer

Leistungen in globo zu verringern, ist unsinnig. Es gibt ganze Bevölkerungsgruppen, die zu wenig oder zu spät zum Arzt gehen, z. B. die Männer. Das hat zur Folge, dass bei den Männern Behandlungen erschwert sind, die Kosten steigen und deren Lebenserwartung verringert ist. Darüber hinaus gibt es unzählige andere Risikogruppen. Diese sollten eigentlich dazu ermuntert werden, möglichst frühzeitig zum Arzt zu gehen. Denn wenn bei bestehender Disposition, etwa für Haut- oder Dickdarmtumoren, nicht sehr frühzeitig und regelmässig untersucht wird und, falls indiziert, entsprechende Präventivmassnahmen gesetzt werden, besteht ein hohes Risiko für die Herausbildung von Tumoren. Andererseits kann durch einfache Eingriffe (Entfernung verdächtiger Hautstellen (naevi) oder Darmzysten) das Erkrankungsrisiko massiv gesenkt werden.

Und seit Monaten wird ein ganzes Volk kollektiv geschult, Arztbesuche zu verringern. Es wird den Menschen ein schlechtes Gewissen gemacht, weil sie Gelder der anderen Versicherten und der Öffentlichen Hand für «unnötige» Arztbesuche verbrauchen. Natürlich weiss niemand, was unnötig sein soll. Das kann man im Einzelfall kaum sagen und schon gar nicht im Kollektiv.

Ich halte die Propaganda, die Menschen dazu zu bringen, weniger oft zum Arzt zu gehen, für unverantwortlich. Falls die Propaganda greift, wird sie vielen das Leben kosten. Es wird dann ja der Einwand vorgebracht, die Menschen sollten die Arztbesuche eigenverantwortlich drosseln. Der Begriff «Eigenverantwortlichkeit» wird schamlos missbraucht. Als wüsste irgendein Mensch, wie er Krankheit vermeiden könnte. (Der hundertfache Nobelpreis wäre einem solchen gewiss). Und als ob jemand an sich feststellen vermöchte, ob in ihm eine Krankheit schlummert (was bekanntermassen gerade bei Tumoren nur selten und un-

zuverlässig in Eigendiagnose feststellbar ist).

Diese KVG-Revision hat mit Gesundheit gar nichts zu tun. Im Gegenteil: Sie verfolgt rein ökonomische Ziele und gibt darob Gesundheit als Gut preis.

Der erneute Versuch, die Inanspruchnahme der medizinischen Versorgung durch ein ökonomisches Prinzip zu steuern, wird wiederum scheitern: Entweder sind Massnahmen im Sinne der Erfinder zielführend, d. h. die Kosten werden gesenkt oder steigen kaum noch, dann deshalb, weil die Bewohner unseres Landes in Summe weniger medizinische Leistungen in Anspruch nehmen. Infolgedessen wird in Zukunft epidemiologisch festzustellen sein, dass Erkrankungen in quantitativer und qualitativer Hinsicht in der Bevölkerung zunehmen.

Oder die Massnahmen führen nicht zur erhofften Kosteneindämmung. Das wäre dann der Fall, wenn die Menschen trotz der für sie höheren finanziellen Kosten ihre bisherigen Gewohnheiten nicht verändern und in bisheriger Weise Ärzte und andere Versorger aufsuchen. Dann wäre das Hauptziel der Revision verfehlt – das geringere Übel!

Das Grundproblem liegt in einer falschen Theorie, nämlich in der Ideologie, so etwas Individuelles und Komplexes wie die Inanspruchnahme medizinischer Leistungen durch ein simples ökonomisches Prinzip (Belohnung/Anreize und Bestrafung/höhere Kosten) «steuern» zu können. Das geht nicht.

Dabei hatten wir schon einmal einen vernünftigen Ansatz, welcher eine gute Gesundheitsversorgung mit dem Prinzip des klugen Einsatzes der Mittel zu vereinbaren vermochte. Ich meine das Hausarztmodell. Eine KVG-Reform vor weit mehr als einem Jahrzehnt hatte dieses Modell eingeführt. Dem Hausarzt wurde die Schlüsselrolle bei der Patientenbetreuung zugeordnet. Er war für den Patienten verantwortlich und fachärztliche Spezialleistungen konnten

nur über ihn in Anspruch genommen werden. Es liegt auf der Hand, dass dieses System individualisiert und auf den jeweiligen Patienten angepasst war. (Es ging dabei nicht um ein simples Mehr oder Weniger). Wer medizinische Leistungen nach eigenem Gutdünken in Anspruch nehmen wollte, konnte dies tun, musste aber höhere Prämien bezahlen.

Noch bevor es seine Wirkung entfalten konnte, wurde das Hausarztmodell nach einem Regierungswechsel wieder abgeschafft.

Um zu vernünftige Alternativen zum einfältigen ökonomischen Steuerungsmodell durch Belohnung und Bestrafung zu gelangen, hätte man nicht weit suchen müssen. Die Politik hat danach nicht gesucht.

Im Gegenteil: Dem Solidaritätsgedanken wird schwerer Schaden zugefügt, indem jene, die jung sind und sich für gesund halten, die Möglichkeit geboten wird, sich aus der kollektiv-gleichen Prämiengestaltung herauszukaufen. Dadurch werden Risikogruppen und Konkurrenz zwischen ihnen geschaffen. Vielfach wurde behauptet, die Prämien differenzierung nach Risiko (geringere Prämie bei geringerem Erkrankungsrisiko) sei kein Angriff auf das Solidarsystem. Das Argument ist leicht widerlegbar: Das wäre so, als würde man den Weg dafür bereiten, dass Männer (aufgrund ihrer geringeren Lebenserwartung) weniger **AHV-Beiträge** entrichten müssten als Frauen. Der Aufschrei, das Solidaritätsprinzip sei verletzt, wäre riesig, trüge man diese Idee vor.

Dazu kommt: Etliche der Möglichkeiten, um Geld zu sparen (seit Jahrzehnten immer wieder in vielen Gesundheitsreformgremien von vorn bis hinten durchdiskutiert), ohne die Gesundheitsversorgung zu verschlechtern, wurden bei der vorgelegten «Reform» ignoriert. Einige seien exemplarisch aufgeführt. (Eine Diskussion würde den Rahmen sprengen): Die Einführung einer staatlichen

Einheitskasse; die Dämpfung der ständig steigenden Kosten für Verwaltung und Kontrollen; der Import der viel günstigeren EU-Medikamente; die Verpflichtung für die Kassen, nur Generika zu bezahlen; die Einschränkung zur Selbstdispensation der Arztpraxen (jede Praxis hat eine eigene Apotheke).

Die nächste Reform des KVG ist bereits jetzt indiziert.  
**Dr. Marcus Büchel**  
Schulstrasse 3, Nendeln